

Ergeht an die Steuerungsgruppe der „Reformpartnerschaft“

Bundeskanzler Christian Stocker

Vizekanzler Andreas Babler

Bundesministerin Beate Meinl-Reisinger

Landeshauptmann Anton Mattl

Landeshauptmann Daniel Fellner

Präsident des Öst. Gemeindebundes Bürgermeister Johannes Pressl

Präsident des Öst. Städtebundes Bürgermeister Michael Ludwig

Parlamentsklubs aller im Nationalrat vertretenen Parteien

Betreff: Reformpartnerschaft – Einbindung der Kinder- und Jugendhilfe

Marz, im Juni 2026

Geschätzte Damen, geschätzte Herren!

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die öffentliche Berichterstattung über die „Reformpartnerschaft“, mit der sich Bund, Länder und Gemeinden Reformen über die Gebietskörperschaften hinweg vornehmen. Öffentlich genannt werden derzeit vor allem der Gesundheitsbereich und das Bildungssystem, mit dem Ziel die Systeme finanziell und strukturell nachhaltig für Zukunft aufzustellen.

Als Interessensvertretung der privaten Träger in der Kinder- und Jugendhilfe vertritt der **DÖJ** 193 Mitglieder mit über 600 Einrichtungen in ganz Österreich. Über 10.000 Mitarbeiter:innen sorgen in ganz Österreich dafür, dass wir Familiensysteme stärken, in mobilen und stationären Einrichtungen das Kindeswohl schützen und Kinder und Jugendliche zu einem selbständigen und gelingenden Leben zu ermächtigen. Wir sind dabei über 58.000 jungen Menschen in Österreich verpflichtet. **FICE Austria** arbeitet als Fachverband Österreichweit gemeinsam mit zentralen Akteur\*innen der Kinder- und Jugendhilfe daran, die fachliche Qualität in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe weiterzu-entwickeln und bietet unterschiedliche Foren des fachlichen Austauschs über Bundes- und Organisationsgrenzen hinweg.

Seit der Verlagerung der Kompetenzen auf Landesebene haben sich die Unterschiede bei Unterstützungsleistungen, Qualitätsstandards und rechtlichen Grundlagen zunehmend ausdifferenziert (Gruppengrößen, Personalschlüssel, Unterstützungen für junge


Erwachsene usw.). Das ist zum einen aus Kinderrechtlicher Perspektive schwer nachvollziehbar, zum anderen wird durch unterschiedliche Landesregelungen auch der konkrete Vollzug und die Zusammenarbeit mit privaten Trägern komplexer und bürokratisch aufwändiger.

Die Volksanwaltschaft kritisierte in ihrem Bericht zum Prüfschwerpunkt „Kinder- und Jugendhilfe“ zudem sehr eindeutig die unterschiedlichen Qualitätsstandards der Bundesländer: „Es braucht dringend wieder einheitliche Standards, etwa für Gruppengröße, Betreuungsschlüssel und Ausbildungen, die die Mitarbeiter\*innen in den WGs brauchen.“ (Pressemitteilung Volksanwaltschaft vom 16. April 2026).

Wir sind angesichts der Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe für über 58.000 Kinder und Jugendliche und Zehntausenden Familien in ganz Österreich stark verwundert, dass die „Kinder- und Jugendhilfe“ bisher kein Thema der „Reformpartnerschaft“ ist. Deshalb fordern wir Sie nachdrücklich auf, die „Kinder- und Jugendhilfe“ als zusätzliches Verhandlungsthema in die „Reformpartnerschaft“ aufzunehmen.

Neben bundesweit einheitlichen Qualitätsstandards ist es vor allem die enge Überschneidung zum Bildungsbereich (Kinderbetreuung, Schulen) und zur Gesundheit (Kinder- und Jugendpsychiatrie) sowie eine nachhaltige finanzielle Sicherung der Kinder- und Jugendhilfesysteme, die eine gemeinsame Behandlung erfordert.

Mit freundlichen Grüßen



Gerald Herowitsch-Trinkl

Obmann DÖJ  
Dachverband der öst. Kinder-  
und Jugendhilfeeinrichtungen



Christian Posch

Präsident FICE Austria